

THEODOR PIEPER

Regionale Strukturpolitik in altindustrialisierten Gebieten

Kurzfassung

Der Ausdruck „altindustrialisiertes“ Gebiet und die Unterscheidung zwischen „alten“ und „neuen“ Industrien haben eher suggestiven als ökonomischen Charakter und sagen nichts über die internationale Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Industrie und der sie beheimatenden Region aus. „Altindustrialisierte“ Gebiete stehen zwar vor erheblichen Strukturproblemen, verfügen aber gleichzeitig über ein beträchtliches Entwicklungspotential, das es zu aktivieren gilt. Hierzu haben die sechs Industrie- und Handelskammern des Ruhrgebietes zum Jahresanfang Vorschläge vorgelegt, die nach ihrer Meinung dazu geeignet sind, die notwendige Erneuerung der „altindustrialisierten“ Region Ruhrgebiet zu bewirken. Zur Überwindung von Strukturproblemen gibt es nur den Weg des Strukturwandels. Erforderlich ist daher eine Akzeptanz der Notwendigkeit des Strukturwandels auf allen Ebenen und unter allen Beteiligten. Strukturwandel ist nur möglich durch Investitionen, insbesondere private Investitionen. Es kommt daher alles darauf an, die Voraussetzungen für Investitionen zu verbessern. Die herkömmliche regionale Wirtschaftspolitik reicht angesichts der Dimension der Probleme jedoch nicht aus. Die anstehende Aufgabe ist nur in einer gemeinsa-

men Anstrengung aller Verantwortungsträger zu bewältigen. Daher haben die Kammern in das Zentrum ihrer Überlegungen den Vorschlag einer konkreten Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft gestellt.

Die Initialzündung für den notwendigen Strukturwandel soll von der Gründung einer privaten Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebiets ausgehen. Diese allein aus Mitteln der regionalen Wirtschaft finanzierte Gesellschaft soll Investoren gewinnen, beraten und ihnen Standorte vermitteln sowie Betriebsverlagerungskonzepte für in ihrer Investitionstätigkeit durch planungsrechtliche Unzulänglichkeiten behinderte Unternehmen entwickeln. Damit diese Initialzündung einen Investitionsschub im Ruhrgebiet auslöst, bedarf sie der Flankierung durch ein wirksames öffentliches Rahmenkonzept, das darauf abzielt, den bestehenden Engpaß an planungsrechtlich gesicherten Flächen zu beseitigen, planungs- und umweltschutzrechtliche Einschnürungstatbestände für Investitionen abzubauen, eine kostenoptimale Energieversorgung zu gewährleisten und durch zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten die mit überdurchschnittlich hohen Umweltschutzinvestitionen einhergehenden Belastungen auszugleichen. Zur Sicherung der Zukunft schlagen die Kammern

weiterhin den Auf- und Ausbau einer Technologiestraße Ruhr vor, also eine zielgerechte Weiterentwicklung der bestehenden technologieintensiven Ansätze im Unternehmens-, Forschungs- und Hochschulbereich. Schließlich gilt es die einmalig dichte Bildungslandschaft des Ruhrgebiets stärker mit der ebenfalls einmaligen wirtschaftlichen Vielfalt zu verbinden und berufliche Qualifikationen ständig durch Aus- und Weiterbildung an technische Veränderungen anzupassen.

Ziele und Instrumente der regionalen Wirtschaftspolitik werden seit einiger Zeit in Politik und Wissenschaft einer intensiven Diskussion unterzogen. Herr Prof. Klemmer hat das eindrucksvoll belegt. Die heutige Veranstaltung ist gewiß Teil dieser Diskussionsreihe, die mit Sicherheit noch eine gewisse Zeit anhalten wird.

Mir ist der Part übertragen worden, über regionale Strukturpolitik in alt-industrialisierten Gebieten zu referieren. Da ich mich nicht legitimiert fühle, als Sprecher der alt-industrialisierten Gebiete in der Bundesrepublik aufzutreten, möchte ich mein Statement überwiegend aus der Sicht der Region abgeben, die einen Teil meines Kammerbezirkes ausmacht und zu den alt-industrialisierten Gebieten gerechnet wird, nämlich dem Ruhrgebiet.

Lassen Sie mich aber beginnen mit der Frage danach, was überhaupt „alt-industrialisierte Gebiete“ und „alte Industrien“ sind. Ich halte nicht sehr viel von der landläufigen Unterscheidung zwischen „alten“ und „neuen“ Industrien, die aus meiner Sicht eher suggestiven als ökonomischen Charakter hat und jedenfalls für sich allein nichts über die internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit die Zukunftsträchtigkeit der angesprochenen Wirtschaftszweige aussagt. Sinnvoll ist diese Unterscheidung nur, wenn man der Frage nachgeht, wie lange es eine bestimmte Branche bereits gibt, aber der Erkenntnisgehalt einer solchen Frage und Antwort ist nicht sehr groß.

Wenn ich einmal als Beispiel die Stahlindustrie herausgreife, die in meinem Kammerbezirk herausragendes Gewicht besitzt, so ist dies gewiß eine „alte“ Industrie in dem Sinne, daß die ersten Hochöfen im vorigen Jahrhundert erstellt worden sind, aber die Produkte und Verfahren der Stahlindustrie sind hochmodern, und diese Industrie ist äußerst leistungsfähig. Die Modernität und Leistungsfähigkeit ist das Ergebnis einer außerordentlich intensiven Anstrengung im Bereich von Forschung und Entwicklung, sowohl was den Werkstoffsektor als auch was den Verfahrenssektor anlangt. Die Wettbewerbsfähigkeit würde sich voll erweisen, wenn die unseligen Subventionen in den anderen Ländern endlich eingestellt würden, wenn die Politik das tun würde, was ihres Amtes wäre.

Und lassen Sie mich umgekehrt sagen, Unterhaltungselektronik ist gewiß keine „alte“ Industrie, sondern wird eher und auch mit Recht der „neuen“ Industrie zugerechnet. Ob Unterhaltungselektronik auf dem Hintergrund der Entwicklung der Kapazitätsverhältnisse und der Wettbewerbsverhältnisse, wie sie zur Zeit da sind, eine — ich würde sagen — ungefährdete Industrie ist an manchen Standorten, lasse ich dahingestellt.

Wenn aber nun „alt-industrialisierte Gebiete“ solche sind, in denen „alte Industrien“ ansässig sind, und wenn man sich das, was ich gerade beispielhaft über die Stahlindustrie gesagt habe, einmal vor Augen hält, dann besteht überhaupt kein Anlaß, die wirtschaftliche Zukunft alt-industrieller Gebiete in Frage zu stellen, deswegen und nur deswegen, weil sie alt sind. Allerdings ist es rich-

tig, daß viele alt-industrialisierte Gebiete erhebliche Strukturprobleme haben; das gilt für die norddeutsche Küstenregion, das gilt für Bremen, das gilt für das Saarland, das gilt für das Ruhrgebiet und auch für andere.

Diese Strukturprobleme haben eine erhebliche Dimension erreicht. Sie haben den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu der Aussage bewegt, daß es sich „bei der wirtschaftlichen Erneuerung der alt-industriellen Regionen . . . um eine Aufgabe zu handeln (scheint), die erstmals die Regenerationsfähigkeit von Verdichtungsräumen übersteigt“. Aber der Sachverständigenrat weist gleichzeitig darauf hin, daß diese Gebiete anders als viele wirtschaftlich zurückgebliebene ländliche Gebiete über ein beträchtliches Entwicklungspotential verfügen. Damit dieses zum Tragen kommt, müßten die blockierten Wachstumskräfte dieser Regionen freigesetzt werden, was vor allem, so der Sachverständigenrat, eine Aufgabe dieser Regionen selber sei. Dieses, so scheint mir, liegt auch voll im gesamtwirtschaftlichen Interesse, denn Wachstumspolitik muß an dem gerade in diesen Regionen vorhandenen Potential anknüpfen.

Zur Überwindung von Strukturproblemen gibt es nur einen Weg, nämlich den Strukturwandel selbst. Strukturwandel ist ein Prozeß, der sich laufend vollzieht. Er bringt ständige Veränderungen mit sich, und da die Menschen Veränderungen regelmäßig als unbequem empfinden, sind sie nur allzu leicht versucht, sich diesem Wandel zu entziehen. Daher hat auch die Politik viel zu häufig dem Strukturwandel entgegengewirkt, anstatt ihn zu fördern. Strukturkonservierende Maßnahmen sind aber auf Dauer gewiß ungeeignet, die Zukunft erfolgreich zu sichern, und dieser Erkenntnis darf sich — so meine ich — niemand verschließen. Notwendig ist daher die Akzeptanz des Strukturwandels auf allen Ebenen, in der Bevölkerung, in der Politik, in Gesellschaft, Verwaltung und in der Wirtschaft selbst. Aufgabe der Politik ist es, das Bewußtsein für die Notwendigkeit der strukturellen Erneuerung insbesondere bei der Bevölkerung zu schaffen und die Entscheidungsgremien in Gesetzgebung und Verwaltung auf dieses Ziel hin zu verpflichten. Die Aufgabe der Unternehmen besteht darin, eine Strategie zur Anpassung an geänderte Strukturen zu konzipieren und am Markt zu verfolgen.

Die Bewältigung des Strukturwandels setzt eines voraus, nämlich Investitionen und insbesondere Privatinvestitionen, Investitionen für neue Betriebe, für die Erweiterung vorhandener Unternehmen, Investitionen zur Umstrukturierung und zur technischen und ökonomischen Innovation. Folglich kommt alles darauf an, entsprechende Rahmenbedingungen herzustellen und für eine Klima zu sorgen, unter dem Investitionen wieder attraktiver werden. Nur mit Investitionen kann die bestehende hohe Arbeitslosigkeit auf Dauer erfolgreich bekämpft werden, da nur Investitionen wirklich Arbeitsplätze schaffen. Eine Wirtschaftspolitik, die auf gesamtwirtschaftlicher Ebene die für diesen Strukturwandel erforderlichen Rahmenbedingungen schafft, ist für eine wirtschaftlich gesunde Entwicklung aller Teilregionen unverzichtbar. Sie muß alles tun, was Investitionen fördert und alles unterlassen, was diese hemmt.

Auch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ stellt in ihren Mittelpunkt richtigerweise die Förderung betrieblicher Investitionen, aber sie wurde unter völlig anderen Umständen konzipiert. Als sie entstand, war das regionale Problemmuster in der Bundesrepublik gekennzeichnet durch das Gefälle zwischen wirtschaftlich gesunden Ballungsräumen und ländlich peripheren strukturschwachen Gebieten unter

Einschluß des Zonenrandgebietes. Dieses damalige Problemuster hat sich inzwischen verändert, verändert vor allem durch eine neue Problemkategorie, nämlich Ballungsgebiete mit relativ einseitiger Wirtschaftsstruktur, die von sektoralen Anpassungsprozessen besonders betroffen sind. Sichtbarster Ausdruck hierfür sind ihre überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenquoten. Dieser Tatbestand wird von dem Indikatorensystem der Gemeinschaftsaufgabe nur unzureichend berücksichtigt, was zu einer Neubestimmung und Neuformulierung zwingt. Wenn wir daher dafür eintreten, daß dem Kriterium Arbeitslosigkeit in Zukunft ein größeres Gewicht beigemessen wird als in der Vergangenheit, so tragen wir damit nur dem Tatbestand Rechnung, daß unser System — ich kann hinzufügen: leider — unter manchen Gesichtspunkten, anders als beispielsweise das amerikanische, eine ausgesprochene Beharrungstendenz der Menschen an ihrem Standort und an ihrem Wohnort fördert.

Ich möchte hier aber gar nicht weiter auf die Einzelheiten der gegenwärtigen Diskussion um eine Neuformulierung der Gemeinschaftsaufgabe eingehen und mich auf einen — allerdings wie mir scheint bedeutsamen — Punkt beschränken. Regionalpolitik setzt voraus, daß es ein Regionsmuster gibt, auf das ein Förderinstrumentarium Anwendung finden kann. Soll sie effizient sein, so ist ein an ökonomischen Kriterien ausgerichteter und nicht willkürlicher Regionszuschnitt erforderlich. Diesem Anspruch genügt beispielsweise eine in jüngster Zeit erschienene Studie nicht in erforderlichem Maße.

Unabhängig vom Ausgang der Debatte um die Gemeinschaftsaufgabe ist aber festzuhalten, daß die herkömmliche Förderpolitik allein nicht in der Lage ist, in alten industriellen Ballungsräumen wie dem Ruhrgebiet wieder mehr Bewegung zu erzeugen, die Beschäftigungslage grundlegend zu verbessern und die notwendige Erneuerung zu erreichen. Regionalpolitik muß mehr sein als bloße Zahlung von Investitionsprämien. Ich möchte an die Äußerungen des Sachverständigenrates hierzu anknüpfen, der ausdrücklich neue Ideen und neue Wege gefordert hat.

Die sechs Industrie- und Handelskammern, zu deren Bereich das Ruhrgebiet zählt, haben im Januar ihre gemeinsamen Vorstellungen über eine wirksame und zukunftsgerichtete neue Wirtschaftspolitik für das Ruhrgebiet vorgestellt. Das Ruhrgebiet, so ist der Ausgangspunkt, hat als industrieller Ballungsraum einen gewaltigen Bedarf an Erneuerung und Umstrukturierung. Bei aller konjunkturellen Belebung bestehen die strukturellen Schwierigkeiten fort. Sie können nur durch eine Gesamtstrategie wirksam angegangen werden, die an den für die Strukturprobleme dieses Raums maßgeblichen Ursachen ansetzt.

Vor dem Hintergrund der Bedeutung und der Ausstrahlung des Ruhrgebietes auf das Land und auf den Bund insgesamt liegt es, so meinen wir, doch im gesamtwirtschaftlichen Interesse, alles zu tun, was geeignet ist, den Prozeß der Revitalisierung voranzutreiben. Das Ruhrgebiet verfügt über ein hervorragendes Entwicklungs- und Wachstumspotential. Dieses Potential besteht wesentlich aus der ausgezeichneten geographischen Lage, der exzellenten Infrastruktur, dem Markt- und Kundenpotential mit dem Gewicht von über fünf Millionen Einwohnern, der Nähe zu anderen bedeutenden Märkten, der Eigenschaft als Energiezentrum ersten Ranges, dem Leistungswillen und der Leistungsfähigkeit der Bevölkerung, der Vielzahl und der Mischung der hier ansässigen Industrie-, Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsunternehmen. Das Ruhrgebiet ist beispielsweise wohl einer der

bedeutendsten Standorte des Anlagenbaus, der aus sich heraus auch international leistungs- und wettbewerbsfähig ist.

Diesem Potential stehen massive Strukturprobleme gegenüber, die sich im Zusammenwirken von Stahlkrise, Kohleproblematik und faktischer Entindustrialisierung bündeln und ihren Ausdruck in einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit und nachlassenden Wirtschafts-, Finanz- und Steuerkraft finden. Das Potential des Ruhrgebietes bietet jedoch eine Chance, diese strukturellen Anpassungsprozesse zu bewältigen. Es kommt, so meinen wir, darauf an, einen geeigneten neuen Weg zu finden, dieses Potential effizient zu nutzen und seine Kräfte für eine Erneuerung freizusetzen. Dieses ist auch eine Aufgabe der regionalen Wirtschaftspolitik, die immer dann ihrer Aufgabe besonders gerecht wird, wenn sie Arbeitslosigkeit an ihren Wurzeln bekämpft, d. h. dort, wo sie entsteht.

Diesen neuen Weg, so meine ich, kann niemand allein erfolgreich gehen, weder allein die Politik noch die Wirtschaft. In das Zentrum unserer Überlegungen haben wir daher den Vorschlag einer konkreten Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft gestellt. Die anstehende Aufgabe ist nur in einer gemeinsamen Anstrengung aller Verantwortlichen wirklich zu bewältigen. Wirtschaft und Politik müssen sich gemeinsam darum bemühen, sie müssen gemeinsam eine Strategie des Gleichschritts verfolgen. Nur wer auf Kooperation setzt und diese konkret verwirklicht, hat eine Chance, erfolgreich zu sein. Am Anfang muß auch dabei, ich wiederhole es, die Akzeptanz des Strukturwandels stehen, zu dem es keine Alternative gibt. Und Akzeptanz erreicht man bei den heutigen Gegebenheiten nur, wenn man den Menschen auch eine begründete Hoffnung vermitteln kann, daß nämlich struktureller Wandel, der im Augenblick schmerzhaft ist, nachhaltige Erneuerung bedeutet und daß altindustrielle Ballungsräume nicht zum Sterben verurteilt sind, sondern daß sie die Fähigkeit besitzen, diese Erneuerung kraftvoll zu gestalten. Aus unserer Sicht ist Strukturkonservierung und sind Subventionen, die diesem Zweck dienen, nicht der richtige Weg, sondern Eigenleistungen der Wirtschaft, angeregt, flankiert und ergänzt durch öffentliche Maßnahmen und Entscheidungen. Im Rahmen der vorgeschlagenen Kooperation haben die Kammern u. a. angeregt:

1. die Gründung einer privaten „Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebietes“, finanziert allein aus Mitteln der Wirtschaft, und zwar der regionalen Wirtschaft,
2. den Auf- und Ausbau einer Technologiestraße Ruhr,
3. eine dazugehörige begleitende öffentliche Rahmenkonzeption.

Ich habe schon darauf verwiesen, daß eine nachhaltige Erneuerung eines voraussetzt, nämlich Investitionen. Investitionen wiederum erfordern verfügbares Kapital und verfügbare Standorte. Demgegenüber bestehen wesentliche Entwicklungshemmnisse — ich möchte das von Herrn Klemmer Gesagte unterstreichen — im Ruhrgebiet wie in nahezu allen anderen altindustriellen Räumen in der Gemengelage von Industrie, Verkehrs- und Wohnbereich, planungsbedingten Erschwernissen zur Befriedigung des Flächenbedarfs und in der einschnürenden Umweltsituation. Dieses engt den Handlungsspielraum der Unternehmen entscheidend ein, bringt außergewöhnliche Kostenbelastungen mit sich und führt zu Wettbewerbsverzerrungen gegenüber anderen Regionen. Es gilt hier den Hebel anzusetzen und diese Engpässe durch ein Bündel von Maßnahmen, die wieder mehr Bewegung in der Investitionslandschaft erzeugen können, zu beseitigen.

Die von Industrie- und Handelskammern, Banken und Unternehmen, so unser Vorschlag, zu gründende Gesellschaft soll Investoren gewinnen, sie in Wirtschaftlichkeits- und Finanzierungsfragen beraten, und zwar unter Inanspruchnahme spezifischen Sachverständes, ihnen bei der Standortfindung behilflich sein und daneben auch tragfähige Betriebsverlagerungskonzepte für solche Unternehmen erarbeiten, die aufgrund der Ballungs- und Gemeingegebenheiten und aufgrund der planungsrechtlichen Unzulänglichkeiten in ihrer Investitionstätigkeit gehindert sind. Darüber hinaus soll die Gesellschaft auch Finanzierungsfunktionen übernehmen. Zur Aktivierung und Erleichterung der gerade in industriellen Ballungsräumen besonders schwierigen, aber auch besonders notwendigen Betriebsverlagerungsinvestitionen soll die Gesellschaft Altgrundstücke der zu verlagernden Betriebe erwerben und später wieder veräußern. Sie soll dadurch einen Beitrag zur Liquidität im Rahmen der Verlagerung schaffen.

Voraussetzung, so meinen wir, ist ein begleitendes, wirksames öffentliches Rahmenkonzept, das ebenfalls auf Investitionen setzt und entsprechende Engpässe beseitigt. Dazu gehört beispielsweise die Übernahme eines Teils der unrentierlichen Kosten bei notwendigen Betriebsverlagerungen, die im öffentlichen Interesse liegen und für die im übrigen ein deutlicher Bedarf besteht. Dies wäre in Nordrhein-Westfalen die Wiederaufnahme einer bis vor wenigen Jahren gängigen Praxis.

Hinzu kommen muß ein verstärkter Wiedereinstieg in die Aufbereitung von industriellen Brachflächen. Die Politik des Bundes und des Landes räumt zunehmend der Freiraumsicherung Vorrang ein vor wirtschaftlicher Betätigung. Das einzige Ventil, das bei dieser Politik gerade in alten industriellen Ballungsräumen noch zur Verfügung steht, sind dann alte brachliegende Flächen. Sie stellen häufig die einzige Entwicklungsmöglichkeit dar. Ihre Wiederaufbereitung ist aus unserer Sicht Schaffung von Infrastruktur und somit auch eine ureigene öffentliche Aufgabe. Das geht über die äußerst heftig geführte Altlastendiskussion weit hinaus, die sich lediglich mit verseuchten Böden befaßt, während die Wiederaufbereitung die Wiederherstellung der Eignung eines Grundstückes, die Entfernung von Fundamenten und Ähnlichem beinhaltet.

Die Wiederaufbereitung erfordert erhebliche öffentliche Mittel. In Nordrhein-Westfalen gibt es seit 1979 den Grundstücksfond, der auf diesem Feld tätig ist. Die anstehende Aufgabe, die sich durch die Freiraumsicherungspolitik verstärkt, sprengt jedoch den von der Landesregierung bisher zur Verfügung gestellten Finanzrahmen. Wir meinen, daß hier mehr geschehen muß, und wir meinen auch, daß das ganz generell nicht nur das Ruhrgebiet, nicht nur Nordrhein-Westfalen, sondern alle Länder betrifft angesichts auch der Finanznot einerseits, dem Bedarf an unterstützender Finanzierung für zukunftsgerichtete Aufgaben andererseits. Daher ist beispielsweise die Frage, ob nicht die teilweise für Wohnungsbau zweckgebundenen Mittel angesichts der erreichten Situation auf dem Wohnungsmarkt, angesichts der teilweise feststellbaren Zweckerreichung in Spitzen eine Umwidmung erfahren müssen, um Handlungsfähigkeit des Staates überhaupt wiederherzustellen, nicht nur erlaubt, sondern muß notwendigerweise diskutiert werden.

Wir meinen auch, daß gerade die Großunternehmen im Ruhrgebiet aufgerufen sind, bei der Abgabe des von ihnen für betriebliche Zwecke nicht mehr benötigten Grundbesitzes in Kooperation mit der Gesellschaft zur Erneuerung des Ruhrgebietes Verlagerungen, Neuansiedlungen und Umstrukturierungen zu erleich-

tern und Grundstücke zu vernünftigen Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Herr *Klemmer* hat auf die Bedeutung von Großunternehmen in Verdichtungsräumen hingewiesen, und dieses wird häufig als ein Nachteil bewertet. Ich will das um Gottes Willen nicht in einen Vorteil umdeuten, aber ich meine, daß man solchen Strukturen auch eine andere Seite abgewinnen kann. Ich finde, wenn es eine Dominanz von Großunternehmen gibt, bietet es sich einfach an, daß man auch mit den Großunternehmen, die jedes und erst recht in ihrer Summe eine erhebliche Potenz darstellen, versucht, tatsächlich eine zukunftsgerichtete, auch regional orientierte Politik abzusprechen. Jedenfalls meine ich, daß es sich lohnt, festzustellen, inwieweit diese Unternehmen in der Lage und bereit sein können, sich in so etwas, was neu formiert werden muß, tatsächlich einzubinden.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Vorschläge betrifft den Bereich der Planung. Hier liegen oftmals entscheidende Investitionshindernisse und Investitionshemmnisse. Das Planungsrecht ist vielfach zu kompliziert, die Planungsträger handeln oftmals ohne Abstimmung, die Befriedigung des Flächenbedarfs scheitert häufig an planungsbedingten Erschwernissen, und die Landesplanung — jedenfalls in Nordrhein-Westfalen — wird zunehmend handlungsunfähig. Die notwendige Erneuerung gerade altindustrieller Regionen und die dazu erforderlichen Umstrukturierungs-Investitionen setzen eine Reihe von Verbesserungen beispielsweise im Bundesbaugesetz zur Überwindung von Genehmigungsschwierigkeiten für Erweiterungs- und Umstellungsinvestitionen und zur Erleichterung der Genehmigung neuer Nutzungsmöglichkeiten auf größeren Altindustrieflächen voraus. Wir meinen, daß außerdem Elemente eines neuen Raumordnungsverfahrens eingehend zu prüfen und durchzusetzen sind, um überhaupt noch landesplanerisch bedeutsame Großvorhaben in der politischen Wirklichkeit realisieren zu können.

Das Ruhrgebiet ist als Belastungsregion zudem von Umweltschutzanforderungen natürlich besonders betroffen, die sich im Einzelfall, ich will das jetzt nicht als Kritik gegen Umweltpolitik benutzen, natürlich auch investitionshemmend auswirken. Wir müssen uns ernsthaft die Frage stellen, ob wir dieses Feld von Umweltpolitik in der richtigen Weise organisiert und bestellt haben. Vermeidbare Entwicklungshemmnisse sind ohne Beeinträchtigung berechtigter Umweltschutzbelange zu beseitigen, um zusätzliche Freiräume zu gewinnen. Entgegen der bisherigen einseitigen Praxis sollten alle Emittentengruppen zu Verbesserungsmaßnahmen herangezogen werden, auch Hausbrand und Verkehr. Darüber hinaus ist das Dickicht von reglementierenden Auflagen durch den Einsatz flexiblerer, marktwirtschaftsgerechterer Instrumente im Umweltschutz zu ergänzen. Ich meine auch, daß es sich lohnen würde, mindestens mal im Versuch, im Experiment das eine oder andere Konzept, ich erwähne nur das Stichwort „Glockenkonzept“, auch einmal bei uns auszuprobieren, damit man praktischen Anschauungsunterricht darüber gewinnt, inwieweit das unter deutschen Bedingungen hier einsetzbar ist und erfolgreich ist oder nicht.

Das Ruhrgebiet ist nicht nur ein industrielles, sondern auch ein Energieerzeugungs-, Energieverteilungs- und Energieverbrauchs-zentrum ersten Ranges. Für diese Region ist daher eine sichere, ausreichende, kostengünstige Energieversorgung unverzichtbar. Es kommt aus unserer Sicht entscheidend darauf an, die Wettbewerbsfähigkeit der Region durch die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie zu sichern, insoweit eine optimale Mischung der

Energieträger, insbesondere Kohle und Kernenergie, vorzunehmen. Das Ruhrgebiet bleibt weiter darauf angewiesen, daß auch in Zukunft Braunkohle kostengünstig zur Verfügung steht. Ich möchte daher ganz besonders auf die Auswirkungen von Erschwerungen im Zugang zur Braunkohle auf eine Energieversorgung zu kostengünstigen Bedingungen und auf damit verbundene Beschäftigungseffekte hinweisen. Was den Standort für die künftige Großanlage zur Kohleverflüssigung anlangt, so meinen wir, daß sich die Aussichten für eine Standortbestimmung im Ruhrgebiet in jüngster Zeit erheblich verbessert haben. Der wesentliche Standortfaktor für das Ruhrgebiet ist in der Vergangenheit die Verbundwirtschaft, insbesondere der Verbund von Energie, Kohle, Stahl, Chemie und Anlagenbau, gewesen. Es würde der Zukunftssicherung dienen, diese Standortelemente unter Berücksichtigung moderner Entwicklungen neu zu beleben, entsprechende Optionen zu gewinnen und zu sichern. Ich denke hier insbesondere auch an die Möglichkeiten, die sich aus einem Verbund von Kernenergie, Kohlevergasung, Stahlerzeugung und Chemischer Industrie sowie dem Bau der dazu notwendigen Anlagen ergeben könnten.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich schließlich noch den Bereich der Steuerpolitik erwähnen. Hier kommt es, so meine ich, entscheidend darauf an, gerade den besonderen Belastungen in alt-industriellen Ballungsräumen gerecht zu werden. Wir haben daher vorgeschlagen, die Regelung der Sonderabschreibungen für Umweltschutzanlagen entscheidend zu verbessern. Wir haben außerdem vorgeschlagen, in allen Ballungs- und Belastungsgebieten, die unter einer überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit leiden und in denen — z.B. umweltschutzbedingt — Investitionsaufwendungen höher sind als anderswo, zusätzliche Investitionen durch zusätzliche befristete Sonderabschreibungen anzuregen. Das wäre ein Beitrag, die solchen Regionen aufgelegten besonderen Lasten etwas erträglicher zu machen.

Meine Damen und Herren, die Ausstattung altindustrieller Ballungsräume mit klassischer Infrastruktur ist meistens ausgezeichnet und entspricht weitgehend den Anforderungen der Zukunft. Für das Ruhrgebiet trifft das zu. Diese klassische Infrastruktur bedarf in verstärktem Maße der Ergänzung und Ausweitung durch Elemente der modernen technischen und technologischen Infrastruktur, insbesondere was das Feld der Informations- und Kommunikationstechnologien anlangt. Ich meine, daß eine Diskussion um Themen, wie wir sie heute führen, den besonderen Stellenwert von Standortqualitäten von Regionen, der sich aus dem Versorgtsein mit dieser Technik ergibt, deutlich sehen muß.

Schlüsselworte für die Erneuerung des Ruhrgebietes wie auch anderer Räume und Verdichtungsräume sind technische und technologische Innovationen. Wir haben daher vorgeschlagen, daß Staat und Wirtschaft eine Technologiestraße Ruhr auf- und ausbauen als Symbol für die zukunftsgerichtete Erneuerung und die regionale technische Leistungskraft. Die vorhandenen Ansätze technologieorientierter Unternehmen mit modernster betrieblicher Technik, der Anwendung neuester Verfahren und der Herstellung technologie-intensiver Produkte sowie die Forschung und Entwicklung in den Betrieben sollten verknüpft werden mit den öffentlichen und hochschulinternen Forschungseinrichtungen und Forschungsleistungen. Dieses Potential sollte in einer Technologiestraße Ruhr sichtbar werden und Magnet und Kristallisationskern für zusätzliche Aktivitäten werden.

Wir meinen, daß außerdem an den Hochschulen Forschungsschwerpunkte gebildet werden könnten, einfach aus der Einsicht

heraus, daß die Finanzmasse der öffentlichen Hand nicht mehr ausreicht, alle Universitäten für alle Aufgaben in gleicher Weise mit ausreichendem Geld zu versorgen. In solchen Fällen bleibt nur übrig, eine gewisse Schwerpunktbildung vorzusehen, und wir finden, daß auch dieses ein Element regionaler Politik werden könnte und werden sollte. Man könnte an Forschungsschwerpunkte denken, die mit den Erfordernissen und den Potentialen der Regionen irgendwie kompatibel sind und hier ergänzend wirken können. Die einzigartige Hochschuldichte im Ruhrgebiet ist mit der ebenfalls einmaligen wirtschaftlichen Vielfalt sinnvoll zu verknüpfen. Das scheint mir die Aufgabe auf diesem Feld zu sein. Ich will nur kurz anreißen, daß Zukunftssicherung natürlich berufliche Qualifikation einschließt durch zielgerichtete Aus- und Weiterbildung, durch ständige Anpassung dieser Qualifikation an technische Veränderungen und technologische Erfordernisse.

Meine Damen und Herren, Ziel des Gesamtvorschlages, den ich Ihnen — natürlich nur in Grundzügen — vorgestellt habe, ist es, wieder zur Dynamik eines alten industriellen Ballungsraumes zurückzufinden, wieder mehr Bewegung dort zu erzeugen und erreichte Bewegung sichtbar zu machen. Das ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe, deren Bewältigung regionale Gemeinsamkeit voraussetzt. Die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur kann dabei ein, ich betone: *ein* Teilelement sein. Es müssen aus meiner Sicht zusätzliche Entscheidungen hinzukommen.

Lassen Sie mich noch eines sagen: Ich habe in dem, was ich ausgeführt habe, nicht Position bezogen zu der in Gang befindlichen Diskussion, was Ziel von regionaler Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung ist: Wachstum oder Ausgleich. Ich meine, daß die Politik immer beide Ziele verfolgen wird. Aus ihrer Grundaufgabe heraus wird die Politik allerdings je nach Situation und je nach vorgegebenen politischen Zielen andere Gewichtungen von Zeit zu Zeit vornehmen. Ich möchte keinen Hehl daraus machen, daß in einer Zeit, in der Sicherung von mehr Beschäftigung das Hauptziel von Politik ist und sein muß, der Wachstumsgeanke natürlich etwas mehr Gewicht verdient, als das in Zeiten der Fall war, in denen Wachstum und Beschäftigung selbstverständliche Größen waren.

Lassen Sie mich zu dem Begriff Ausgleich, zu seiner inhaltlichen Ausfüllung, noch einen kurzen Beitrag machen — anders, als Ausgleich bisher immer verstanden worden ist. Wir leben in einer Zeit, in der die einzelnen Politikbereiche unterschiedlich gut organisiert sind. Wir leben auch in einer Zeit, in der einzelne Politikbereiche forciert und andere nicht forcierte vernachlässigt werden. Ich möchte nur deutlich machen, daß die Auswirkungen dieses Tatbestandes Regionen in unterschiedlichem Maße treffen. Ich möchte deutlich machen, daß beispielsweise eine erklärte Politik von Freiraumsicherung, wie sie sich aus der in der Entwicklung befindlichen Bodenschutzkonzeption der Bundesregierung ergibt und wie sie zunehmend Ziel und Gegenstand von Landespolitik ist, Ballungsgebiete mit Gemengelage und hohem Industriebesatz besonders und überproportional trifft. Ich möchte deutlich machen, daß Defizite im Planungsbereich, in der Organisation dieses Bereiches und in der politischen Fähigkeit, von Instrumenten sachgerecht Gebrauch zu machen, Ballungsgebiete stärker treffen als andere Gebiete. Ich möchte auch deutlich machen, daß eine forcierte Umweltpolitik natürlich hoch-industrialisierte Gebiete überproportional trifft, und ich meine,

daß die Politik in Ansehung dieses Tatbestandes vor einer Alternative steht, die sie entscheiden muß, nämlich entweder die sich daraus ergebenden Konsequenzen, die teilweise dann auch regional überproportional sind, hinzunehmen im Vertrauen darauf, es wird sich schon irgendwie richten, oder daß sie solchen spezifischen, von ihr selbst erzeugten Behinderungen auch spezifisch mit Ausgleichen entgegenwirkt, um die Funktionsfähigkeit sol-

cher Gebiete zu erhalten. Denn es nutzt fürchterlich wenig — unter welchem Titel auch immer, ob unter dem Titel Gemeinschaftsaufgabe oder anderen —, allein Finanzmittel in die Hand zu nehmen. Geld allein ist nicht in der Lage, Grundhindernisse, die bestehen, zu überspielen und zu beseitigen. Ich meine, daß jeder Anlaß besteht, über das eine oder andere, was zu ändern ist, nachzudenken. Ich danke Ihnen sehr.